

Vereine, Initiativen, Gemeindepolitik: Offen für Einwanderer? Was tun, wenn sie es (noch) nicht sind?

August Gächter, 2011-05-31

Einleitung

Seit 1998 ist zunehmend klar geworden, dass die Einwander/innen und ihre Kinder in das Gemeindeleben hereingeholt werden sollten. Initiativen und Vereine jeder Art einschließlich Parteien sind eines der denkbaren Mittel dazu. Die aus den seinerzeitigen Gastarbeiterfamilien hervorgegangene „zweite Generation“ ist zudem zwischenzeitlich 30 bis 40 Jahre alt, hat selbst Kinder, und fehlt in Teilen des Vereinslebens. Dafür gibt es zahlreiche und gute Gründe, aber auch Mittel und Wege, um die Situation zu ändern.

Wie wichtig sind Vereinigungen?

Bezeichnenderweise ist „empowerment“ ein englisches Wort. In Österreich hat man als Einzelperson wenig Chance, ernsthaft Gehör zu finden. Stets muss man als Gruppe auftreten, wenn möglich als eine organisierte. Das ist eine wesentliche Bedeutung von Vereinigungen für die Einzelnen.

Freiwillige Vereinigungen sind solche, bei denen mitzuwirken man sich aussuchen kann. Das entscheidet sich vor allem an der Frage, ob man nach belieben wieder austreten kann, nachdem man einmal beigetreten ist. Die Mitwirkung muss nicht in einer formalen Mitgliedschaft bestehen. Eine solche gibt es bei vielen Initiativen anfangs (und vielleicht auch später) nicht.

Welche Arten von freiwilligen Vereinigungen gibt es?

- Versicherungsartige, wie etwa die Autofahrerklubs, bei denen man zahlendes Mitglied wird, um in bestimmten Fällen eine definierte Leistung zu erhalten.
- Interessenvertretungen, wie etwa Elternvereine, bei denen es darum geht, das eigene Interesse zusammen mit einem gemeinsamen, das man mit den anderen Mitwirkenden teilt, in geordnetem Rahmen zu vertreten.
- Vereinigungen, die der Vernetzung dienen, dem Informationsfluss, auch als Börse.

- Vereinigungen, die Dienstleistungen für Mitglieder und Nichtmitglieder erbringen, wie etwa die Feuerwehr, der Musikverein, die Sportvereine usw. Einer ihrer Dienste ist, Identität stiftend zu wirken. Häufig vermitteln sie auch Können und Wissen für die Erbringung der Dienste, wirken also geistig und/oder körperlich ertüchtigend.

Die Vereinigungen stellen zum einen eine soziale Infrastruktur dar, die Leistungen für die Lebensqualität in der Gemeinde erbringen kann. Zum zweiten stellen sie mit ihren Vereinslokalen einschließlich Gotteshäusern eine Infrastruktur für organisiertes Zusammensein. Wo physische Infrastruktur teuer ist und daher geteilt werden muss, etwa Sportplätze, entstehen allerdings leicht Korruption und Diskriminierung.

Was leisten Vereinigungen für den sozialen Zusammenhalt?

Vereinigungen führen vorwiegend jene zusammen, die sich in vielem ähnlich sind. Die Mitwirkenden haben ähnliche Bildung, ähnliche Berufe, ähnliche Einkommen, ähnliche Wohnverhältnisse, auch ähnliche Familienverhältnisse. Zuweilen ist das aus Tradition oder Gewohnheit so, häufig aber auch mit voller Absicht. Sie wirken daher fast immer sozial entmischend.

Selbst wo sie an sich offen wären für neue Mitwirkende, ist ihr Innenleben oft geprägt von einer eigenen Sprache, eigener Sprechweise, befremdlichen Themen und Anliegen, seltsam wirkenden Ritualen und einer über lange Zeit gepflegten Familiarität, die neu Hinzukommende zu Fremden machen und sie effektiv ausschließen.

Noch hemmender als ein in sich gekehrtes, eigenwilliges Innenleben ist vermutlich ein völlig unbekanntes Innenleben. Es braucht viel Selbstvertrauen oder Abenteuerlust, sich an einer Vereinigung beteiligen zu wollen, in der man niemanden oder nur eine Person kennt. Vertrauen aufzubauen erfordert zu allererst intensive und anhaltende Informationsarbeit.

Zudem haben Vereinigungen in Österreich zwar sehr viel Organisationskönnen, aber, so behauptete ich, bis jetzt sehr wenig Begegnungskönnen.

In Summe stellen Vereinigungen daher für den sozialen Zusammenhalt in der Gemeinde teils ein Potential dar, teils aber auch ein Problem und ein Risiko. Das Ausmaß des einen und des anderen können die Gemeinde und das Land beeinflussen. Zum einen lassen die Förderrichtlinien sich entsprechend gestalten, zum anderen kann es schon helfen, rein rhetorisch lobenswerte Ziele und Aktivitäten zu formulieren.

Wenn es in einer Gemeinde viele Vereinigungen gibt, kann es nötig sein, etwas zu unternehmen, damit sie alle etwas mehr am gleichen Stand sind, was die Ziele, Aktivitäten und das Begegnungskönnen betrifft. Eine jährliche Informationsmesse und Schau, bei der nicht so sehr Gerätschaften

hergezeigt werden als vielmehr die Mitgliedschaft, die Entscheidungsträger, die Aktivitäten, Ziele, Vorhaben, und bei der die Entscheidungsträger sich untereinander austauschen und mit der Gemeinde. Das ist anders als bei Tagen der offenen Tür, bei denen das Publikum zu den Vereinigungen gehen muss, denn hier kommen die Vereinigungen zum Publikum.

Die Beteiligung von Einwanderinnen und Einwanderern an Vereinigungen

Befragungen in Deutschland haben gezeigt, dass die eingewanderte Bevölkerung zwar in geringerem Maß bürgerschaftliche engagiert ist, aber ein höheres Potential für Engagement hat. Offenbar gelingt es bei einem nennenswerten Teil der Beteiligungsbereitschaft nicht, sie zu verwirklichen. Die Beteiligung, die es gibt, konzentriert sich stärker als bei der nicht eingewanderten Bevölkerung auf den Bildungsbereich einschließlich Kindergarten. Zu erwarten ist wohl, dass die Altenpflege in den nächsten 20 Jahren ein immer wichtigerer Bereich der Beteiligung werden wird, auch und gerade für die eingewanderte Bevölkerung bzw ihre Kinder und Enkel.

Gründe für geringere Beteiligung der eingewanderten Bevölkerung an Vereinigungen gibt es viele. Manche wurden oben schon genannt. Einige weitere können noch in Betracht gezogen werden.

- Dazu gehört, dass Freiwilligenaktivität, wie auch Berufe und künstlerische Neigungen, häufig in Familien tradiert wird, zumindest ein paar Generationen lang. Daher ist die Wahrscheinlichkeit der Kinder, dazu zu gehen und dabei zu bleiben, größer, wenn die Eltern auch schon dabei waren. Bei der eingewanderten Bevölkerung ist das nicht möglich. Sie kann nicht in der vorigen Generation schon bei der Feuerwehr oder einem anderen Verein gewesen sein.
- Freiwilliges Engagement ist nicht überall auf der Welt üblich, schon gar nicht in derart organisierter Form, wie in Deutschland oder Österreich. Hier ist es der Nachfolger von und Ersatz für viele Formen der Selbsthilfe innerhalb der Familie und in der Nachbarschaft. Das hat mit dem gesteigerten Wohlstand und den verkleinerten Familien zu tun. Die Bedeutung des Mitwirkens in Vereinigungen ist daher nicht für alle Einwanderinnen und Einwanderer leicht zu durchblicken oder zu akzeptieren. Viel mehr und viel kontinuierlichere Information von Seiten der Freiwilligen über sich und ihr Tun wäre erforderlich, um ihre Rolle in der Gemeinde transparent zu machen.
- Familie und Beruf stellen gerade für die sogenannte „zweite Generation“ eine große Herausforderung dar. Wenn ihre Eltern in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten beschäftigt waren, müssen sie den beruflichen Aufstieg schaffen. Das ist angesichts der Tatsache, dass im Bildungswesen vor allem der soziale Rang der Eltern bewertet wird statt der Leistungen und Potentiale der Kinder, eine massive Herausforderung. Sie müssen außerdem um die Bildungschancen ihrer

Kinder, der „dritten Generation“ kämpfen. Von da her ist verständlich, dass das Engagement vor allem im Bildungswesen zu beobachten ist, und dass wenig Zeit für andere außerhäusliche Aktivitäten bleibt.

- Letztlich bleibt wohl auch wenig Motivation, sich mit jenen zu verbrüdern, die sie und ihre Kinder benachteiligen und von oben herab behandeln.
- In den Gemeinderat kommt man nur, indem man aufgestellt wird und zwar an wählbarer Stelle. Dazu muss man sich entweder in der Partei hochdienen, also erst einmal in der Partei mitwirken können und dann viel Zeit haben, oder demonstrieren, dass man ein nennenswertes Wählerpotential mitbringt. Weit unten in der Liste aufgestellte Kandidaten haben das mitunter anhand von Vorzugsstimmen bewiesen. Es hat auch schon Fälle gegeben, wo sie es mittels einer eigenen Liste taten. Auch bei Betriebsratswahlen hat es das schon gegeben.
- Gift ist auch die Festlegung von eingewanderten Mitwirkenden in Vereinigungen auf bestimmte Rollen, Tätigkeiten oder Interessen. Warum sollten sie für „Integration“ zuständig sein, wenn sie an einer Straße mit merklich zunehmendem Verkehr wohnen und das als Belastung erleben, oder wenn sie Wege und Mittel suchen, eine im Ausland gemachte Ausbildung, die unter österreichischen Bedingungen kaum Aussicht auf formelle Anerkennung hat, irgendwie zur Anwendung zu bringen? Das gilt auch für die „zweite Generation“. Warum sollte eine Versicherungsfachfrau auf das Thema „Integration“ festgelegt werden, statt auf die des Vereinskassiers?

Der beste Ausweg ist letztlich oft, nicht die Aufnahme in bestehende Vereinigungen zu betreiben, sondern neue zu gründen. Das Wissen, wie man einen Verein gründet und wie man ihn finanziert, muss man sich aber meist selbst organisieren. In Deutschland ist das ein wichtiges Beratungsthema geworden. Neue Vereinigungen können dann auch als Brücken zu bestehenden dienen.

Die eingewanderte Bevölkerung hereinholen

Wenn der Eintritt in Vereinigungen ein zu großer und die Gründung neuer ein zu riskanter Schritt ist, dann bieten sich weniger formelle Alternativen an. In Deutschland bewährt sich als Beteiligungsform einerseits und als Beteiligungsberatung andererseits offenbar der Aufbau loser Netzwerke um kommunale Aufgaben herum. Sehr beliebt geworden sind die Netzwerke von „Integrationslotsen“. Sie bieten einen Rahmen zur Etablierung von mündlicher Informationsvermittlung und von Orientierungsleistungen über eine große Zahl von Themen. Die Freiwilligen werden anfangs und danach weiterhin periodisch für den Einsatz geschult und werden so zu einem

Kern an gut informierter Bürgerschaft, die in der Lage ist, neue Information effizient aufzunehmen und weiterzugeben.

In dem Zusammenhang setzt sich ein weiterer englischer Ausdruck durch, nämlich „Open Space“, für eine Veranstaltung, bei der sich Menschen thematisch gegliedert austauschen können, ohne Verpflichtungen einzugehen.

Einige Punkte sind in der umfangreichen deutschen Literatur über die Integration der eingewanderten Bevölkerung in die kommunalen Vereinigungen deutlich geworden:

1. Den ersten Schritt muss man selbst machen. Unser größtes Problem in Österreich ist, dass alle auf die Anderen warten. Das kann natürlich nicht funktionieren. Man muss sich vorwagen und die Anderen abholen. Wenn sie dann mitkommen, darf man aber natürlich nicht gleich wieder davonlaufen.
2. Man muss Leute gezielt ansprechen, auch solche, die sich bisher nicht organisiert haben. Man darf sich aber nicht gleich Enthusiasmus erwarten. Zuerst muss man Vertrauen aufbauen. Das braucht Zeit.
3. Es braucht persönliche, mündliche Kommunikation. Schriftstücke, die man irgendwo auflegt, sind nämlich erst wieder für die Anderen zum Abholen.
4. Wenn man sich denn partout nicht vorwagen will, sondern beim Warten bleibt, dann muss man sich zumindest kenntlich und ansprechbar machen. Man muss irgendwie die Aufmerksamkeit auf sich ziehen und positiv reagieren, wenn man sie erhält.
5. Die Beratungsaktivität in Österreich ist bisher fast ausschließlich versorgungsorientiert: Arbeit, Wohnen, Bildung, Sozialleistungen. Das hatte einmal seine Berechtigung. Sie müsste heute aber bereits deutlich stärker beteiligungsorientiert sein: Möglichkeiten formellen und informellen Engagements oder zumindest Austauschs, passende Vereinigungen, Vereinsgründung und anderes mehr.
6. Rasche, positive Reaktionen sind nicht zu erwarten. Die Lebenszufriedenheit der eingewanderten Bevölkerung erweist sich in jährlichen Befragungen als deutlich geringer als jene der nicht eingewanderten Bevölkerung. Sie fühlt sich schlecht behandelt. Die Gemeinden und die Vereinigungen müssen daher zuerst einmal Vertrauen aufbauen. Dazu ist Kontakt erforderlich, der in Gleichwertigkeit abläuft, weiters Verlässlichkeit, Aufrichtigkeit und unter Umständen viel Geduld und Beharrlichkeit.
7. Will man an der aktuellen Situation etwas ändern, sollte man nicht für, sondern mit den Zielgruppen planen und organisieren. Dies ist ein unverzichtbarer Teil des künftigen Erfolgs. Das

Risiko, dass einseitig getroffene Maßnahmen, und seien sie noch so gut gemeint, schief gehen und alles verschlimmern, ist zu groß.

Drei Fragen für den Arbeitskreis

1. Bei welchen freiwilligen Vereinigungen sind Sie dabei?
 - In welchen sind Sie zahlendes Mitglied, welchen freiwilligen Vereinigungen spenden Sie?
 - Wie viel geben sie dafür in Summe pro Jahr aus?
 - Wenn die finanzielle Situation schlechter wäre als Ihre, wäre das dann noch leistbar?
 - Welche verbreiteten Haushaltssituationen machen zahlende Mitgliedschaft schwer?
2. Wie sind Sie zu den Beteiligungen an den freiwilligen Vereinigungen gekommen?
 - Was hinderte Sie anderen freiwilligen Vereinigungen, die für Sie offen wären, beizutreten?
3. Wer sind die typischen Mitglieder oder sonstigen Mitwirkenden der freiwilligen Vereinigungen, an denen sie gegenwärtig aktiv beteiligt sind?
 - Geschlecht, Alter
 - Bildung, Beruf
 - Wohnsituation
 - Geografische Herkunft

Die Diskussion der ersten Frage zeigte, dass die meisten nur bei wenigen Vereinigungen sind, und dass die Ausgaben für Mitgliedschaften und Unterstützungen ein flexibler Teil des Haushaltsbudgets sind. Wird die finanzielle Situation enger, dann werden sie zurückgeschraubt. Alleinerzieherinnen, Haushalte mit drei oder mehr Kindern und Einwandererhaushalte sind bekanntermaßen eher weniger in der Lage, sich finanziell zu beteiligen.

Angesprochen zu werden, ist der erste Weg zu einer Beteiligung an einer Vereinigung. Es gibt einige wenige Gründe, dazu zu gehen und dabei zu bleiben, vor allem materielle Vorteile, Gruppenzwang, eigene Anliegen, die Möglichkeit zu Engagement, die Kinder und mit den anderen Mitwirkenden ein Schicksal zu teilen. Es gibt wesentlich mehr Gründe, nicht dabei zu sein: Mangel an Zeit (wegen anderer Vereinigungen, Kinder), kein persönlicher Bezug, Angst vor Vereinahmung, die Mitgliedschaft nicht brauchen, seltsames und inzüchtlerisches Verhalten, Rituale, fehlendes Können, unregelmäßige Arbeitszeiten, kein Angebot zu bekommen, nie als Mitwirkende, sondern stets als Klientin, also in einer Opferrolle, angesprochen zu werden, nur schriftliche Information zu bekommen, immer wieder Umziehen, nicht mit organisierten Formen des Zu-

sammenseins vertraut zu sein (ungewohnt), andere Altersgruppe, Austrittsmodalitäten unklar u.a.m.

Statt der dritten Frage geriet der Arbeitskreis zunehmend in eine Diskussion darüber, was „Integration“ heiße, wann man „integriert“ sei, und wer „Integrationsleistungen“ erbringe, nicht erbringe oder erbringen sollte. Damit gerieten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunehmend in einen Rechtfertigungsdiskurs. Das führt nie zu einem anderen Ergebnis, als dass sich nachher alle aus dem Weg gehen wollen. Er ist das verlässliche Ende jeder Gemeinsamkeit.

Literatur

Gesemann, Frank / Roth, Roland (Hg) (2009) Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen; Verlag für Sozialwissenschaft.

Gngr, Kenan (2008) Integration im ländlichen Raum; in: Leibetseder/Weidenholzer (Hg) 2008:135-148.

Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik (2010) Empfehlungen 1: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, Dezember 2010; Bertelsmann Stiftung
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-6CD52EEF-E5DC23A3/bst/xcms_bst_dms_33058_33059_2.pdf, 2011-01-13.

Leibetseder, Bettina / Weidenholzer, Josef (Hg) (2008) Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen; Braumüller.

Roth, Roland (2009) Integration durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement; in: Gesemann/Roth (Hg) 2009:195-215.

Schwarz, Antje (2008) Kommunale Ansätze zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten; vhw FW 3/2008:152-157
<http://www.vhw.de/publikationen/verbandszeitschrift/archiv/>, 2010-09-17.

Verfasst für die Fachtagung „Integration findet vor Ort statt. Praktische Beispiele für das Miteinander in der Gemeinde“, 2011-05-20, Bildungsbaus St. Magdalena, Linz.